



Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen GmbH

Inhaltsverzeichnis

12.09.2024	epd Landesdienste: Gewinner im Schulwettbewerb zur Endlagerung stehen fest	3
13.09.2024	Stuttgarter Nachrichten Stadtausgabe: Mehr als nur ein Zwischenlager?	4

Seite: 0
Ressort: Politik

Rubrik: Atomkraft/Atommüll/Schulen
Mediengattung: Nachrichtenagentur

Gewinner im Schulwettbewerb zur Endlagerung stehen fest

Peine/Karlsruhe (epd). Schüler-Projekte aus Verden, Karlsruhe und Eschweiler haben den bundesweiten Schulwettbewerb «Das strahlt ja ewig!» der Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) gewonnen. Bei dem Wettbewerb ging es nach Angaben der BGE vom Donnerstag etwa um Fragen, ob radioaktiver Abfall recycelt werden kann, warum ein Endlager tief unter der Erde gebaut werden muss und was mit dem Müll passiert, wenn kein geeigneter Standort gefunden wird. Die siegreichen Schülergruppen erhielten Urkunden und wur-

den zu einem Besuch des unterirdischen Atommüllendlagers Morsleben in Sachsen-Anhalt eingeladen.

Schüler des Gymnasiums am Wall aus Verden belegten den ersten Platz in der Kategorie Geografie. Sie thematisierten in einem Comic mit Blick auf die Endlagerung, was mit der Erde in tausend Jahren passiert, wenn sich nichts ändert. Der erste Platz in den künstlerischen Fächern ging an Schüler der Schule am Weinweg in Karlsruhe. Sie setzten sich mit verschiedenen Kunst-Disziplinen wie Rap, Lyrik und Rauminstallation

auseinander und reichten dazu mehrere Beiträge ein. Den ersten Preis in Physik gewannen zwei Schüler des Städtischen Gymnasiums Eschweiler für einen selbst recherchierten Video-Beitrag zur Atommüll-Problematik.

Die BGE mit Sitz in Peine ist mit der Suche nach einem Endlager beauftragt. Ein Standort dafür wird einem aktuellen Gutachten zufolge frühestens in 50 Jahren feststehen. (2059/12.09.2024)

epd lnb/lbw kub

Wörter: 205

© 2024 PMG Presse-Monitor GmbH & Co. KG

Autor/-in: Florian Dürr/ Florian Duerr
Seite: 6
Ressort: BAWU

Ausgabe: Hauptausgabe
Mediengattung: Tageszeitung

Mehr als nur ein Zwischenlager?

Das stillgelegte Atomkraftwerk Philippsburg wird zurückgebaut, doch der radioaktive Abfall wird die Kleinstadt noch Jahrzehnte beschäftigen. Der Bürgermeister fordert von der Bundesregierung mehr Geschwindigkeit bei der Endlager-Suche.

Philippsburg Wer in ein Atommüll-Zwischenlager kommen will, muss viel Zeit mitbringen. Hier noch eine Kontrolle der Personalien, dort noch ein Abtasten nach verbotenen Gegenständen, zwischendurch mehrere Male die Zutrittskarte vorzeigen. Es ist strenger als am Flughafen. Und das ist nur der Weg ins Lager. Auf dem Weg zurück kann man auch nicht einfach rausspazieren. Da wird auch für Baden-Württembergs Umweltministerin Thekla Walker (Grüne) keine Ausnahme gemacht – Sommertour hin oder her.

Die Sicherheitsvorkehrungen im stillgelegten Atomkraftwerk Philippsburg (Kreis Karlsruhe) sind enorm. Schließlich sollen auch diejenigen, die nicht nur zu Besuch sind, sondern Schlimmes planen, zum Beispiel Terroristen, erst gar nicht in die Nähe des für Leib und Leben gefährlichen Materials kommen. Und irgendwie passt dieser Prozess zu dem, was man bei Atomkraft immer mitbringen muss: viel Zeit. Stichwort Endlager.

Erst 2074 soll ein möglicher Standort gefunden sein – und nicht wie ursprünglich vorgesehen 2031. Zu diesem Ergebnis kam eine von der Bundesregierung beauftragte Studie. Das dürfte der Großteil der aktuellen Politiker nicht mehr selbst miterleben. Bei ihrem Besuch in Philippsburg im Rahmen ihrer Sommertour sagt Walker: „Die Herausforderung, wie wir große Mengen von radioaktivem Müll sicher verschließen, wird uns längere Zeit beschäftigen als die Atomkraftwerke in Betrieb waren.“

Die lang andauernde Endlager-Suche hat Folgen für Standorte wie Philippsburg: Denn solange der radioaktive Abfall nicht unter die Erde wandert, bleibt er in den Zwischenlagern der stillgelegten Kernkraftwerke. In Philippsburg lagern derzeit mehr als 100 sogenannte Castor-Behälter, Platz gibt es für 152. Castoren – „cask for storage and

transport of radioactive material“ – also Behälter für Lagerung und Transport radioaktiven Materials sind „massive, tonnenschwere Metallkonstruktionen, die in Tests nachgewiesen haben, dass sie auch unter extremen Bedingungen sicher sind“, steht auf der Internetseite des Energieunternehmens EnBW, das im AKW Philippsburg jahrzehntelang Strom produziert hat.

Die Genehmigung für das Atommüll-Zwischenlager in Philippsburg läuft noch bis ins Jahr 2047. Für die dort sichere Verwahrung des radioaktiven Abfalls ist die BGZ, die Bundesgesellschaft für Zwischenlagerung, zuständig. Doch es ist bereits heute absehbar, dass der Atommüll noch länger in Philippsburg bleiben wird. Die Genehmigung soll deshalb verlängert werden. Aber ob der Standort die Voraussetzungen für eine weitere sichere Verwahrung erfüllt? Auch die Prüfung dessen braucht Zeit. Viel Zeit.

„Für mich ist es eine Frage der Generationengerechtigkeit“, sagt Umweltministerin Walker, „dass wir die Suche nach einem geologisch geeigneten Dauerlager für die strahlenden Hinterlassenschaften der Atomenergie so beschleunigen, dass die Standortgemeinden der ehemaligen AKW nicht noch auf Jahrzehnte hinaus belastet werden.“

Das wäre auch im Sinne des Philippsburger Bürgermeisters Stefan Martus und der Bevölkerung der 13 800-Einwohner-Stadt. „Die Zwischenlager sind zu Endlagern geworden“, sagt Martus verärgert. Denn selbst wenn bis 2074 ein geeignetes Endlager gefunden werden sollte, dauere es noch Jahre „bis der letzte Castor-Behälter aus dem Zwischenlager Philippsburg rollt“, klagt der CDU-Politiker. Der Bürgermeister macht klar: „Wir stehen in letzter Konsequenz zur Energiewende.“ Aber: „Dazu gehört auch, dass der Müll unter die Erde kommt.“ Nach einem Endlager

suche man bereits seit dem Einstieg in die Kernenergie, „aber jetzt müssen wir auch mal eins finden“, fordert Martus von der Bundesregierung, die für die Endlager-Suche zuständig ist. Auch wenn er größtes Vertrauen in die BGZ für die sichere Lagerung habe, die Ängste seiner Bevölkerung müsse man ernst nehmen.

Doch gerade in Philippsburg gibt es auch andere Stimmen: „Jahrzehntelang ist hier der Rubel gerollt, man hat das Geld mitgenommen, dann kann man den Müll auch noch eine Weile behalten“, sagt eine Passantin in der Nähe des Rathauses. Ihr Mann habe damals bei den Anfängen noch gegen das AKW in Philippsburg demonstriert, erzählt sie. Angesehen war man da in der Kleinstadt nicht, denn die anderen hätten durch die Kernenergie das große Geld gewittert. „Das ist also mehr als gerecht. Hurra schreie ich auch nicht, aber den Dreck an Orte zu karren, die nichts davon gehabt haben, finde ich auch nicht in Ordnung“, sagt die Frau.

Einer, der im stillgelegten AKW arbeitet, schüttelt den Kopf: „Wir werden das Zeug niemals loswerden. Ich kann mir nicht vorstellen, dass man so viel Geld verdient hat, um den Müll bis zum Sankt-Nimmerleins-Tag zu verschließen“, sagt der Mann. Auch die Umweltministerin sagt: „Die Produktion von Atomstrom verursacht enorme Kosten in der Zukunft. Wenn man die Summen für Transport und Lagerung von Abfällen einrechnet, ist kein Energieträger so teuer wie Atom.“ Und wenn ein Endlager-Standort in Baden-Württemberg liegen sollte? „Dann ist es so“, sagt Walker: „Wir können uns nicht ausklinken, sondern müssen auch Verantwortung übernehmen.“ Aber bis es soweit ist, vergeht noch – genau – viel Zeit.